

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einchl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 22. September 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzeygen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 110

An die Arbeiterschaft im deutschen Buchdruckgewerbe!

Die Tarifverhandlungen wurden am zweiten Verhandlungstage ergebnislos abgebrochen. Die Organisationsvorstände, Gauvorsitzer und Gehilfenvertreter beschließen gegenwärtig in Berlin die erforderlichen Maßnahmen. Von allen Kollegen wird erwartet, daß sie angesichts der ernsten Lage gewerkschaftliche Disziplin wahren und nur den in den nächsten Tagen ergehenden Weisungen der Organisationsleitungen Folge leisten.

Berlin, den 20. September 1921.

Die Organisationsvorstände.

VIII. Internationaler Buchdruckerkongress

(Abgehalten in Wien vom 5. bis 9. September 1921)

Kongresslokal ist der Lesesaal im großen eignen Saal des Niederösterreichischen Buchdrucker- und Schriftgießervereins in der Seidengasse 15/17. Das Präsidium ist rot ausgeklagt und von roten Fahnen flankiert, über ihm in breitem Bogen von der Decke herabhängend in deutscher, französischer und englischer Sprache der internationale Arbeiterwahlpruch: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ Im Hintergrunde die Büsten von Gutenberg, Schiller und Goethe, darüber an der Wand die Bildnisse verkorbener hervorragender österreichischer Buchdrucker: Kusber, Kralk, Ritter v. Scherzer.

Die Leitung wird Schläumpf, Vorsitzender der Internationalen Sekretariatskommission, Pochop, Vorsitzender der österreichischen, und Liöchon, Vorsitzender der französischen Organisation, übertragen; die beiden letzteren fungieren als Vizepräsidenten.

Als Delegierte sind erschienen vom Zentralverein der Buchdrucker und Schriftgießer Böhmens: W. Nemecch und Farha; Bulgariischen Typographenverband: Crigor Donoff; Dänischen Typographenbund: Julius Schröder; Verband der Deutschen Buchdrucker: S. Seiß und Dr. Schweinik (Berlin), G. Klein (Stuttgart), W. Kralk (Leipzig); vom Französischen Bucharbeiterverband: Claude Liöchon; Allgemeinen Niederländischen Typographenverband: Fr. van der Wal; Italienischen Bucharbeiterverband: Tomaso Bruno; Verband der graphischen Arbeiter Jugoslawiens: B. N. Jost; Luxemburger Buchdruckerverein: S. Warbel; Nördlichen Buchdruckerverein: Alois Schurner, Winzenz Blazek; Norwegischen Zentralverein für Buchdrucker: D. Rumb; Verband der Vereine der Buchdrucker und Schriftgießer Österreichs: Leopold Pochop, Joseph Dvoracek, Adolf Weigelt, Anton Schmitt, Adalbert Seltak; Schwedischen Typographenbund: Nils Welfel; Schweizerischen Typographenbund: R. Goldemann (Basel), S. Della-Negra (Lausanne); Verband der Siebenbürger und Banater graphischen Arbeiter: Ludwig Magari; Verein der graphischen Arbeiter in der Slowakei: Oskider Lerner, Paul Facinich; Ungarischen Buchdruckerarbeitsverband: M. Rothstein, W. Wiesenberger. Die Internationale Sekretariatskommission (Wien) ist vertreten durch: S. Schläumpf, Vorsitzender; S. Grumbacher, A. Schäfer, S. Woltermann; das Internationale Buchdruckersekretariat durch F. Verdan.

Von den nichtangeschlossenen Verbänden sind vertreten die Typographical Association (Englischer Buchdruckerverband) durch ihren Präsidenten J. D. French (die beiden angegebenen Spartenverbände haben ihr Ausbleiben telegraphisch entschuldigt), der Russische Industrieverband der polygraphischen Gewerbe durch Scherepoff, zweiter Verbandssekretär (Moskau) und Gordon, Vorsitzender des Petersburger Vereines. Die Internationale der Lithographen und Stein-drucker hat ihren Sekretär Fr. Poels (Brüssel), die Internationale der Buchbinder ihren Sekretär S. Hochstrasser (Bern) entsandt. Die Gewerkschaftszentrale Deutschösterreichs ist durch den Redakteur E. Straas vertreten. Als Zuhörer ist eine Anzahl von Wiener und Schweizer Kollegen anwesend.

Begrüßungen

Vorsitzender Schläumpf begrüßt die erschienenen Landesvertretungen und im besondern den Ersten Bürger-

meister Neumann, einen Mann aus unsern Reihen. Die Devise „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ ist heute notwendiger denn jemals. Der Krieg hat vieles zerstört und obendrein die Arbeiterschaft zum Nutzen der Kapitalistenklasse gespalten. Die Gegner der Arbeiterschaft ständen um so geschlossener da. Der Wiener Kongress möge nun dafür sorgen, daß bei uns Buchdruckern die Geschlossenheit größer werde, indem die noch nicht angeschlossenen Organisationen für die Buchdruckerinternationale gewonnen werden. Es trete noch manchmal der Nationalitäts- und Rassenhaß in die Erscheinung, das müsse überwunden werden; es dürfe uns kein Unterschied in der Klasse und Sprache trennen. Das Internationale Buchdruckersekretariat sei gemäß dem Beschlusse vom VII. Internationalen Kongress in Luzern nach Bern verlegt worden. In Verfolg eines weiteren Beschlusses von Luzern sei an alle noch fernstehenden Buchdruckerorganisationen ein Aufruf zum Beitritt ergangen; die jetzt noch zögernden werden durch den Wiener Kongress hoffentlich einen neuen Ansporn dazu erhalten. Sekretär Stautner habe sich im Dezember 1920 in schwerkrankerem Zustande nach Ungarn begeben und sei als todkrankter Mann zurückgekommen. Stautner hat lange Jahre, von 1902 an, für die Buchdruckerinternationale gewirkt, die ihm ein ehrendes Andenken bewahren werde. Nach seinem Tode konnte nicht bis zum Kongress der Sekretärposten unbelegt bleiben. Er sei deshalb ausgeschrieben und dann im Februar unter Zustimmung der erweiterten Kommission mit dem Kollegen Verdan (Bern) befehligt worden.

Erster Bürgermeister Neumann begrüßt darauf den Kongress im Namen der sozialdemokratischen Mehrheit des Wiener Gemeinderats aus herzlichste. Die Wiener Gemeindevertretung nimmt großes Interesse daran, daß das Proletariat international fester Zusammenhalt und so weitere Kriege vermieden werden können, weil Wien und Österreich schwer unter den Kriegsfolgen zu leiden haben. Die Anwesenheit von Vertretern aus Frankreich und England könne eine gewisse Gewähr dafür bieten, daß der Chauvinismus nun sich zurückziehe, zu lange habe er Vorwärtswirkung geübt. Der Schweiz, an Dänemark und Schweden wie an andre Länder noch habe Wien großen Dank abzulassen für die Aufnahme von Wiener Kindern und die sonstige Kinderhilfe. Der deutschen Vertretung spreche er seine besondere Anerkennung aus für die nach dem Erzberger-Mord zum Schutze der Republik von der Arbeiterschaft gemeinsam überall veranstalteten machtvollen Demonstrationen. Förderung des internationalen Zusammenchlusses bei den Buchdruckern sei auch aus dem Grunde zu erhoffen, weil sie, die früher an der Spitze mit ihrem Lohne gestanden, durch die Kriegsverhältnisse beträchtlich zurückgekommen seien. Das Internationale Buchdruckersekretariat möge durch den achten Kongress eine läutende Internationale werden! (Starker Beifall.)

Pochop, der österreichische Verbandsvorsitzende, erklärt, man habe schon lange gewünscht, einen internationalen Buchdruckerkongress in Wien begrüßen zu dürfen. Im alten Polizeistaat wäre das aber nicht möglich gewesen. Jetzt habe man die Freiheit, aber auch das Fend des Krieges. Er dankt für die der österreichischen Kollegenchaft gewordene Unterstützung. Was Luzern begonnen, möge Wien nun vollenden.

Straas begrüßt die Kongressteilnehmer im Namen der österreichischen Gewerkschaften. Die jetzt 900000 Mitglieder zählen von 6¹/₂ Millionen Einwohnern überhaupt. Der Friedensvertrag habe Österreich wirtschaftlich ohnmächtig gemacht. Die Arbeiterschaft muß einen harten Kampf um ihre Existenz führen und sieht sich einer starken wirtschaftlichen und politischen Gegenkraft gegenüber, aber unsere Arbeiter führen diesen Kampf geschloßen, es gebe keine Ferkpflückerung. Wenn man die Löhne in Österreich vergleiche mit den Preisen für die Lebensbedürfnisse, dann

werde das traurige Bild erst vollständig. Die österreichische Arbeiterschaft habe immer mit Freude empfunden, wie die Buchdrucker aller Länder gewerkschaftlich die Bahnbrecher waren, auch mit den Tarifverträgen, und ihre Disziplin bewunderte. Er danke ebenfalls für die vom Ausland im vorigen Jahre den Österreichern gewordene reiche Unterstützung und helbe den Kongress „in unser Proletariatstadt Wien“ herzlich willkommen.

Die Verhandlungen

beginnen hier mit dem zweiten Punkte der Tagesordnung, da der erste geschäftlicher Natur ist und mit vorliegendem als erledigt betrachtet werden kann. Der zweite Punkt zerfällt in mehrere Teile, er beginnt mit dem

Bericht der Sekretariatskommission

den Verdan erstattet, der in längeren Ausführungen einen Rückblick wirft auf die Verhältnisse, wie sie durch den jetzigen Krieg geschaffen seien, wodurch es auch dazu gekommen ist, daß Organisationen und Führer, die bis dahin in Freundschaft zusammengestanden, auf einmal einander fremd geworden seien. Der Internationalen Sekretariatskommission in Stuttgart mit dem Kollegen Klein an der Spitze gebühre deshalb Dank, daß sie durch Einberufung eines internationalen Kongresses nach Luzern (September 1919) versucht habe, diesen Zustand wieder verschwinden zu machen. Dort konnte das zwar noch nicht ganz erreicht werden — das Abstreifen von Belgien aber jetzt noch lasse die Schwierigkeiten erkennen —, aber der internationale Kontakt wurde doch wieder hergestellt. Der Luzerner Beschluß der Rückverlegung des Internationalen Sekretariats nach der Schweiz verpflichtete den Schweizerischen Typographenbund zur Bildung einer neuen Sekretariatskommission. Das Zentralkomitee bestimmte die Kollegen Schläumpf, Verdan und Wolfermann, die Berner Typographia die Kollegen Grumbacher und Schäfer dazu. Der Einreise des Sekretärs Stautner von Stuttgart aus bereiteten die Schweizer Behörden Schwierigkeiten, der Postbehördenrecht sei damals groß gewesen. Im Februar 1920 aber konnte Stautner seine Überledung vornehmen. Dann bereitete die finanzielle Seite Schwierigkeiten. Der Luzerner Kongress erweiterte die Aufgaben des Kongresses, hatte aber die Deckungsfrage nicht gelöst, wie durch die Valutaverhältnisse die Lage des Sekretariats überhaupt recht ungünstig sich gestalte. Der Schweizerische Typographenbund gewährte auf Ersuchen der Sekretariatskommission dann ein zinsfreies Darlehen von 10000 Fr., ferner wurden von den Organisationsstellungen in den valaisischen Ländern zinsfreie Darlehen (über 30000 Fr.) zur Deckung der Beiträge von den Verbänden in den valaisischen Ländern bewilligt. Das Sekretariat konnte nun arbeiten. Das Statut wurde den Beschlüssen des Luzerner Kongresses gemäß revidiert und nach Begutachtung der in Luzern gewählten Erweiterer-Kommission (Deutschland, Frankreich, Holland) herausgegeben. In den drei Hauptsprachen ist dann ein Werberuf an alle noch nichtangeschlossenen Organisationen in England, Spanien, Griechenland, Rußland, Amerika, Südafrika usw. hinausgegangen. Mit dem englischen Buchdruckerverband und dem Londoner Maschinenmeister- und Hilfsarbeiterverband wurde darauf auch Fühlung genommen. Der französische Vorsitzende Liöchon hat anlässlich seiner Teilnahme an dem englischen Gewerkschaftskongress das möglichste getan, den Beitritt der englischen Buchdruckerorganisationen in Fühl zu bringen. Der Maschinenmeister- und Hilfsarbeiterverband ist bis jetzt die anchlussbereitete Organisation in England. In Griechenland besetzen noch mehrere Organisationen, wenn die Fusion vollzogen, könne der Zutritt erwartet werden. Die große nordamerikanische Organisation wollte die Mitgliedsfrage dem im August stattfindenden Kongress vorlegen.

Die von der österreichischen Organisations durch den Friedensvertrag abgetrennten Vereine sind dem Internationalen Sekretariat beigegeben. Die von Ungarn aus dem gleichen Grund abgetrennten Kollegen in Siebenbürgen und im Banat haben einen eigenen Verband gegründet und ihren Anschluss an die Internationale vollzogen. Belgien verhält sich noch in seiner Isolierung seit dem Kriege; man habe nur in Erfahrung bringen können, daß auf dem nächstjährigen Verbandstage die Frage des Wiederanschlusses zur Diskussion gestellt werden soll; offiziell ist die belgische Organisation nicht aus der Internationale ausgespart. Um den Kontakt mit den angeschlossenen Verbänden noch fester zu gestalten, wurden vom Internationalen Sekretariat die Generalversammlungen der deutschen Kollegen in Nürnberg, der schwedischen in Genf, der dänischen in Kopenhagen, der ungarischen in Budapest, der Jugoslawen in Belgrad und Laibach besichtigt. Der französische Verbandstag konnte nicht besucht werden wegen der damaligen Pöbelwühlereien. Die internationalen Kongresse der Steinbrücker und Lithographen und der Buchbinder gehören noch zu den bescheidenen Tagungen. Das Internationale Sekretariat hat bei den Streiks in Belgrad und Wgram finanzielle Hilfe geleistet (über 4000 Fr.). Einzelne im Kampfe befindliche Länder konnten infolge der Valutaverhältnisse nur so unterstützt werden, daß man ihnen aufgab, im eigenen Lande Darlehen gegen Bürgschaft der angeschlossenen Verbände aufzunehmen. Ein Stillstand von Spanien mußte abgewiesen werden, da diese Organisation nicht angeschlossenen ist. Das Internationale Sekretariat hat seine Aufgabe also ernst aufgefaßt, doch konnte der prekäre Finanzlage wegen nicht alles nach Wunsch erledigt werden. Die in Luzern beschlossene Herausgabe von „Mitteilungen“ konnten deshalb nicht so regelmäßig erfolgen, wie man es sich vorgenommen habe. Auch sei der Druck der französischen Ausgabe des Luzerner Protokolls unterblieben; einmal sei das durch den Tod von Stautner verzögert worden, dann aber seien die Kosten zu hoch gewesen, zumal der Absatz der deutschen Ausgabe gerade in Deutschland sehr schwach war. Redner schließt mit einem warmen Nachruf für seinen Vorgänger Stautner den recht ausführlichen Bericht.

In der Diskussion spricht Rothstein die Erwartung aus, daß auf dem nächsten Kongreß ein besserer Bericht erstattet werden könne, der Krieg wirke jetzt noch zu sehr nach. Das Wort „International“ müsse mehr praktischen Wert erhalten. Der internationale Sekretär müsse auch persönlich an die noch fernstehenden Organisationen herantreten und namentlich Bedenken betreffend Wachstum und Arbeitsmarkt zerstreuen. Den russischen Kollegen sei zu sagen, daß die angeschlossenen Verbände auf dem Boden der Tariftgemeinschaft stehen, und daß sie parteipolitisch neutral seien. Es dürfe nicht der Anschein aufkommen, daß der VIII. Internationale Buchdruckerkongreß mit der dritten Internationale inkompatibler. Bruno bedauert, daß noch so viele Organisationen abseits stehen; man dürfe sich doch nicht durch die Kriegsverhältnisse beeinflussen lassen. Dringend notwendig sei der Anschluss Englands. Lichon meint, die Arbeit für die Zukunft sei maßgebend, er wolle deshalb keine Zustände am Bericht machen. Von seiner Organisation aus soll er erklären, jeder Verband müsse einen Kampf zunächst aus eigenen Mitteln führen; man dürfe nicht gleich das Internationale Sekretariat um Hilfe angehen.

Der von der Sekretariatskommission erstattete Bericht wird einstimmig gutgeheißen.

Die Vergewaltigung der ungarischen Gewerkschaften brachte anschließend Vorstehender Schlumpf zur Sprache und die gegen die ungarische Buchdruckerorganisation unternommenen Schritte im Besonderen. Das widerspreche den Friedensverträgen und der Kongreß müsse dagegen nachdrücklich protestieren. Es wurde darauf einstimmig die Ablehnung folgenden Protesttelegramms an den ungarischen Ministerpräsidenten beschlossen:

Der in Wien tagende VIII. Internationale Buchdruckerkongreß nahm mit Befremden Kenntnis davon, daß der in der Nähe von Szeged der Buchdrucker und Schriftsetzer Ungarns auf Grund einer Regierungsverfügung seit nahezu einem Jahre seiner Autonomie und seines Selbstbestimmungsrechts verlustig ginge. Die gegen den Verein seit Monaten andauernde bedrückende Unterwerfung durch keinerlei staatliche Beteiligung losgerissen. Die Friedensverträge sichern den Arbeiterorganisationen ihre Freiheit und Unabhängigkeit. Im Namen der europäischen Buchdrucker verlangen wir, daß Eure Excellenz dringend verfüge, daß der ungarische Buchdruckerverein seine Autonomie wiedererhalte, um seiner betriebl. Bestimmung unbehindert und ohne Schwierigkeiten gerecht werden zu können.

Die Aufhebung der Gegenseitigkeitsmarke

begründet namens der Sekretariatskommission Verdan. Sie sei sehr ernstlich eingeführt worden, damit jeder Reisende sie auswechseln könne. Es wäre aber wenig Gebrauch davon gemacht worden und Betrügern seien trotz ihrer Verwendung von anderen Arbeitern zum Schaden der Buchdrucker vorgekommen. Die Gegenseitigkeitsmarke sei auch zu entbehren, wenn nur die Verbandsbücher ordentlich ausgefüllt werden.

Um der Diskussion beizutreten schied von der Wal, Lichon, Schweinß, Nemeck, Dvoracek und Schlumpf. Es kommt zum Ausdruck, daß die von jedem Verband verwendete Marke allein schon genüge. Die Funktionäre müßten die regelmäßigen Bekanntmachungen besser beachten, dann könnte schon viel gegen betrügerischen Mißbrauch geschehen. Die Einführung einer Karte oder eines durch die Landesvorstände einzufließenden Formulars für nach dem Auslande reisende Kollegen fand Befürworter und Gegner. Konkludiert wurde, daß einige Verbände nicht einmal ein Mitgliedsbuch ausstellen, sondern ihre Mitglieder mit einer Beglaubigung auf einem Stück Papier loswandern lassen. Es wird alsdann die Abschaffung der Gegenseitigkeitsmarke beschlossen. Die

Verbände werden für verpflichtet erklärt, sämtlichen Mitgliedern Verbandsbücher auszustellen. Die Sekretariatskommission soll auch über die Schaffung eines internationalen Verbandsbuchs Rat pflegen.

Die christlich-sozialen Bewegung

gehört noch mit zum zweiten Punkte und gelangt am Vormittage des zweiten Tages zur Beratung. Verdan referiert darüber weit aussehend. So lange es freie Gewerkschaften gebe, wären auch Strömungen solcher Art wahrzunehmen. Die Unternehmungsklassen habe Interesse daran, einen Keil zwischen die Arbeiter zu treiben. Die katholische wie die protestantische Kirche kommen von ähnlichen Gesichtspunkten dazu. Die katholischen Gesellschaften und Fachabteilungen wie die evangelischen Jünglingsvereine wären so entstanden. Ihr Verhalten bei wirtschaftlichen Kämpfen sei oftmals gegen die freien Gewerkschaften gerichtet gewesen, sie hätten so dem Kapitalismus genügt. Die soziale Frage sei dann sogar vom Papst Leo XIII. aufgenommen worden. Dem Unternehmer war aber auch damit nicht behilflich und den freien Gewerkschaften konnte man so nicht den Wind aus den Segeln nehmen. Die christlich-sozialen Gewerkschaften hätten jetzt auch eine Internationale. Im graphischen Gewerbe spielen sie zwar keine hervorragende Rolle, aber man müsse sie wohl im Auge behalten. In Frankreich sind christlichorganisierte Buchdrucker nicht vorhanden, auch in den nördlichen Ländern kennt man sie nicht, desgleichen in Serbien, Bosnien, Arabien, Mähren, Ungarn kommen nicht über ein oder zwei Tausend hinaus. In Österreich sind mit den Hilfsarbeitern nur ganz wenig anzutreffen; in Innsbruck und Borsbrunn hat aber der deutsche Gutenbergbund recht kleine Filialen. Italien hat schon mehr von christlich-sozialorganisierten Buchdruckern aufzuweisen, Deutschland an sich zwar die größte Zahl, in relativem Betrag und in Vergleich zu anderen Gewerben aber recht wenig; obendrein vermag der Gutenbergbund keine Werbekraft mehr auszuüben. In der Schweiz machen sich die christlichen Buchdrucker jetzt breit; man zählt etwa 200 und 150 Anhänger in den anderen graphischen Berufen; sie seien ebenfalls in der Tariftgemeinschaft anerkannt. Verhältnismäßig die größte Ausbreitung haben sie in Holland genommen, wo obendrein zwei Richtungen christlicher Art unter den Buchdruckern bestehen.

In der Diskussion bemerkt von der Wal, daß in Holland vor 1900 von christlichen Gewerkschaften noch nichts zu merken war. Sie seien dann aber mit Hilfe der Unternehmer und der Geistlichen immer mehr aufkommen. Durch untaktisches Verhalten, sei es in Versammlungen oder in den Organen, könnte ihnen leicht auch von untern Leuten Vorwurf geleistet werden. Selbst betont, daß in jedem Land Unterdrückte in dieser Frage bestehen. In dem einen komme man jetzt erst dazu, was in einem andern schon eine überwundene Periode ist. In Deutschland gebe es bei 8 1/2 Millionen freien Gewerkschaftlern 1 1/2 Millionen christliche. Diese sind durch das Anwachsen der Großindustrie und deren Tariftrennung bis zur Revolution zu anderen Anschauungen gelangt. Die freien Gewerkschaften seien daher vielfach gezwungen gewesen, mit den Christlichen in wirtschaftlichen Angelegenheiten zusammenzugehen.

Es wird dann die Frage aufgeworfen, ob die Fassung einer Resolution hier überhaupt rätlich sei. Mit knapper Mehrheit wird das aber vom Kongreß beschlossen und darauf eine Kommission eingesetzt zur Redigierung der vorliegenden Resolution. Zum Schluß des dritten Tages erfolgt sie in der nachfolgenden Fassung einstimmig:

Der VIII. Internationale Buchdruckerkongreß bringt in Bezug auf die christlich-sozialen Gewerkschaften zum Ausdruck: Nur die parteipolitisch und religiös neutralen freien Gewerkschaften sind imstande, wirksam und unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Kampfmittel die Vertretung der Arbeiter aus den Fesseln des Kapitalismus herbeizuführen, nicht aber Organisationen, welche den Klassenkampf vernichten. Die wirtschaftlichen Kämpfe werden immer härter, deshalb ist in der jetzigen Situation die Einheit der Arbeiter höchste und einzige erfolgversprechende Voraussetzung für den Sieg der Arbeiterklasse. Der Kongreß fordert von allen dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Verbänden, durch gründliche Aufklärung, durch gleichzeitige konsequente Gewerkschaftspolitik die Mitglieder zu überzeugten Anhängern untrer Sache zu machen und dadurch jede Abwanderung zu vermeiden.

Nemeck hatte noch bemerkt, daß der Kongreß auch den nationalen Gewerkschaften seine Aufmerksamkeit zuwenden solle; man habe in Böhmen mit ihnen unfruchtliche, zerpfüffternde Wahrnehmungen gemacht.

Tariftische und taktische Fragen

mit der Einteilung: Landes-, Regional- und Lokaltarife, Berufsgemeinschaft, Frauenarbeit, bildeten den Gegenstand des Referats von Selb unter Punkt 6 der Tagesordnung. Neues könne er nicht viel sagen, alle Organisationen seien ja wohl jetzt Tariftverträge eingegangen. Arbeitstarife haben für die Gehtenen wie die Prinzipale gewisse schmerzliche Nachteile: Der einzelne müsse zurücktreten und sich dem Allgemeinwillen fügen. Dafür kräftige sich aber der Organisationsgedanke, und die Organisation selbst habe mehr Arbeit und Verantwortung. Unter den jetzigen Verhältnissen seien wir nicht in der Lage, an die Stelle der Tariftgemeinschaften etwas Besseres zu setzen, denn allein vermögen wir ja nicht die Arbeitsverhältnisse festzusetzen. Wir könnten deshalb getrost an der Einrichtung der Tariftgemeinschaft festhalten. Zwischen Tarift- und Berufsgemeinschaft müßte wohl unterschieden werden. Die letztere Idee ist aufzukommen, als bald nach Ausbruch der Revolution die Sozialisierungsfrage im Vordergrund stand. Bald sei aber eingesehen worden, daß es mit dem schnellsten Aufbau auf diesem Wege nicht gebe. In der Schweiz haben die Buchdrucker eine Berufsgemeinschaft. Diese ist in Wirklichkeit aber nur eine Tariftgemeinschaft. Die Berufsgemeinschaft hat auch die Produktionsführung zu übernehmen. Die Gewerkschaften könnten aber nicht

gleichzeitig die Interessen der Arbeiter vertreten und Träger der Produktion regelnden Berufsgemeinschaften sein. Im Stadium gerüttelter Volkswirtschaft wie jetzt nach dem Kriege würden sich die Berufsgemeinschaften noch schwerer verwirklichen lassen. Die Frauenarbeit sei schon aus gesundheitlichen Gründen undisputabel, sie müsse wegen der Bleigefahr gesetzlich verboten werden für direkte Buchdruckerarbeit. In Deutschland hat die Frauenarbeit während der Kriegszeit eine Rolle gespielt, als die Weibenszahl auf das Zweifache begünstigt war. Sie konnte später aber wieder vollständig beseitigt werden, da wir im Tarif die gleiche Entlohnung für mit Weibensarbeit beschäftigte Frauen haben. Grundsätzlich müsse ausgesprochen werden, daß Frauenarbeit in Lohn und Arbeitszeit der Männerarbeit gleichzusetzen sei. Er habe die Frauenarbeit in seiner Resolution nicht erwähnt, da sie im allgemeinen wenig Bedeutung habe, im andern Fall aber es den Landesorganisationen überlassen bleiben müsse, es den Ländern gleich zu tun, wo man die Frauenarbeit überhaupt nicht als eine Frage zu betrachten habe.

In der Diskussion bemerkt zunächst Tost, daß in Belgrad Frauen als Seher tätig sind. In Wgram und Serajewo wollen es die Prinzipale nun eben so haben. Es komme auch vor, daß Gehtenen durch Gewinnbeteiligung und Mitteilhaberschaft geködert und dann noch mehr ausgenutzt werden. Sein Wunsch geht dahin, verschiedenes noch in der Resolution auszusprechen.

Von der Wal: In Holland spricht man von Tariftgemeinschaft, wenn man die Buchdrucker und Steinbrücker nennt. Bei ihnen werden Frauen an den Monotypsetzern beschäftigt und mit einem um ein Viertel niedrigeren Lohn abgeloht. Sie seien aber weniger leistungsfähig. Nationale Tariftgemeinschaften könnten nur gehalten werden, wenn die internationale Arbeiterkammer gegen Preisänderungen auftritt, die das wieder zunichte machen, was in einem Lande mühsam aufgerichtet worden ist. Die Valutafrage ist für sie von einschneidender Bedeutung. Es wandert fortgesetzt viel Arbeit nach Deutschland und Österreich, wo auch noch schlechtere Arbeitsbedingungen (längere Arbeitszeit und Überstundenwesen) bestehen. Die holländischen Prinzipale hätten deshalb schon Drücken der Löhne versucht. Die Gehtenschaft eines jeden Landes müsse daher mitarbeiten, daß unter solchen ungewöhnlichen Zeitverhältnissen nicht die Arbeitsverhältnisse für die Kollegen in einem andern Lande verschlechtert werden. Der Kongreß müsse sich auch für die Mindestdruckpreissetzung ausprechen und in dieser Richtung mittätig sein. Auf Veranlassung der holländischen Prinzipale habe in Berlin eine Ausprache mit deutlichen Resultaten stattgefunden. Es wurde ein Zuschlag von 100 Proz. für Druckarbeiten vereinbart, die von Holland nach Deutschland gelangten; dieses Abkommen werde aber nicht gehalten.

Rothstein wundert sich über die Holländer, daß sie ihren Unternehmern die Frauenarbeit so erwidern. Das gebe gegen den internationalen Brauch. Wenn die im Hand- und Maschinenbau verwendeten Frauen Tariftlich den Gehtenen gleichgestellt wären, würden die Prinzipale die Frauenarbeit schon aufgeben, die auch bei ihnen aus sanitären Gründen nicht geduldet wird. In Ungarn habe man die Gehtenen auch schon für den Druckpreistarif eingepaart gehabt, die Prinzipale mußten aber eine besondere Zulage dafür gewähren, und da hätten sie bald keinen Gewinn mehr an der Sache gehabt. Valutadruckpreise, wie sie von der Waal fordere, könne man höchstens auf dem Papier beschließen, praktisch wäre so nichts zu machen. Wir müßten wieder zu einem normalen Gelde wert gelangen, das sei die einzige Rettung. Die könnten aber von den Buchdruckern nicht allein herbeigeführt werden. England und Amerika seien doch auch geschädigt durch die Valutawirkung. Vor dem Kriege habe übrigens manches Land aus Deutschland, Österreich und Ungarn Druckaufträge herausgegeben, weil es billiger arbeiten konnte.

Weigelt schildert die manchmal enormen Auswirkungen der Kurschwankungen für die Wiener Kollegen. Wo aber stehen denn die Weibenspekulanten? Wie sollen da die Buchdrucker es noch möglich machen, im Interesse des Auslandes gegen Preisunterbietungen aufzutreten? Wenn der Geldwert nicht stabilisiert werden könnte, müßten die Buchdrucker in Deutschland und Österreich ganz schuldlos als Lohnbrücker angesehen werden. Überstunden gebe es bei ihnen eigentlich nicht, denn wenn in einer Woche unbedingt länger gearbeitet werden muß, wird in der folgenden die gleiche Anzahl von Stunden von der regulären Arbeitszeit freigegeben. Man habe das von den Wiener Setzungslehren übernommen, die damit auf geladene seien im Interesse der Allgemeinheit. Gewinnbeteiligung und Prämienstufen müßten entschieden verurteilt werden. Welt unter der Kollegenchaft steht die Ansicht beifällig, daß die Prinzipale den Selbstnötigkeitskosten zu wenig Rechnung tragen, werde in weiten Kreisen die Tariftgemeinschaft fast nur noch als Fabel betrachtet. Das Arsenal in Wien sei ein sozialistischer Betrieb geworden, arbeite aber günstig.

Magyarli führt an, daß in Siebenbürgen und im Banat die Prinzipale in jeder Beziehung Verschlechterungen durchsetzen wollen. Das Internationale Sekretariat solle nach einer Plattform suchen, wie die Tarife am besten zu beschaffen seien.

Lichon teilt mit, daß die französische Organisation aus fünf Regionen bestehe mit besonderen Tarifen. Man sei jetzt auf dem Wege, von den Regionaltarifen zum Landestarif zu kommen. Er wünscht Auskunft, ob die Betriebsräte in den Tarifen eine Rolle spielen.

Goldemann erklärt, die in der Schweiz bestehende Berufsgemeinschaft mit den Prinzipalen erstreckte sich auch auf die Preisgestaltung und die Preisfestsetzung. Es seien auch Ehrengerichte eingesetzt, doch haben die Gehtenen

hierbei keine Einwirkung. Mit der Produktionsführung hat allerdings ihre Berufsgemeinschaft gar nichts zu tun. Die Schweiz leidet stark unter den Walfatschwierigkeiten. Druckauslässe gehen in Masse ab nach Frankreich, Italien, Dänemark.

Es sprechen noch kurz Bruno, Ruud und Wessel über die tariflichen Verhältnisse in ihren Ländern. Seit nimmt dann das Schlusswort: Der beste Schutz für die Arbeiter in walfatstarken Ländern ist das Bestreben der Arbeitererschaft in den andern Ländern, fortgesetzt die Löhne zu verbessern; es dürfte nicht nur von Weltmarktpreisen gesprochen werden. Die von dem holländischen Delegierten verlangten Schutzmaßnahmen gegen zu niedrige Druckpreise aber wären undurchführbar. Wer soll denn in den Druckerereien die Kontrolle ausüben? Wie soll das überhaupt angefangen werden, wenn tagtäglich die Walfata so stark schwankt? Die Entente bringe über die Arbeitererschaft das meiste Glend durch die schweren Bedrückungen in den Friedensverträgen. Der Standpunkt der Holländer in der Frauenfrage sei unbegründlich; die Gesetzgebung mühte hier für Schutzmaßnahmen sorgen. In Deutschland habe die Gehilfenvertretung den Verzicht gemacht, für die Betriebsräte im Tarif weitergehende Rechte zu erlangen, das sei aber nicht möglich gewesen, da gleich den übrigen Unternehmern auch die unfrigen das Betriebsrätegesetz schon als zu sehr im Arbeiterinteresse gelegen betrachten. Auch in Deutschland ist die Gehilfenerschaft an dem Preisstarif interessiert, für den im Lohnstarif ebenfalls Bestimmungen enthalten sind. Es ist das notwendig, weil selbst in Deutschland in der großen Mehrzahl die Druckerereien Klein- und Mittelbetriebe sind. Darauf wird die nachstehende Tarifresolution einstimmig angenommen:

Die Tarifgemeinschaften sind im allgemeinen die Produkte langer Kampfesperioden um das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei Regelung und Befreiung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Mit der Ein- und Durchführung der Tarifgemeinschaften war der Arbeitnehmerschaft die Möglichkeit gegeben, in völlig partikulärer Weise die Interessen der Arbeitnehmer in diesen Gemeinschaften zu vertreten. Infolgedessen hält der Internationale Buchdruckerkongress die konsequente Fortführung der Tarifvertragspolitik durch die einzelnen Verbände und die Aufrechterhaltung der Tarifgemeinschaften solange für gegeben, bis etwas Besseres und Vollkommeneres, den Interessen der Arbeiterschaft dienlicheres, an deren Stelle gesetzt werden kann. Der Kongress spricht sich auch entschieden für die Schaffung von Reichs- und Landesstarifen aus; er ist der Auffassung, daß Bezirks- oder Ortsstarife nur eine Vorstufe bilden.

Ob und inwieweit ein Ausbau der Tarifgemeinschaften, vielleicht auch in der Richtung zu sogenannten Tarifgemeinschaften, die mitbestimmend und regelnd auf die Produktion einwirken, erfolgen kann, muß vorerst der Entwicklung, der Gesetzgebung und der Gestaltung der Verhältnisse in den einzelnen Ländern überlassen bleiben. Es muß aber auch beachtet werden, daß bei der engen Verbindung von Gewerkschaften und Tarifgemeinschaften als Grundlag zu gelten hat: 1. daß die Tarifgemeinschaften nicht Selbstzweck, sondern diese für die Gewerkschaften nur ein brauchbares Mittel für die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bilden; 2. daß die Gewerkschaften selbst als spezielle Arbeiterinteressenvertreter nicht Träger der Produktion sein können, für die die Aufgaben vielmehr den Arbeitgeber obliegen (Vorfassung folgt).

vorschritten für Buchdruckerereien angestrebt werden, in denen bekanntlich von den Sechsmaschinen noch keine Rede ist. Das mit reichem Material ausgestattete Referat klang in einen Appell an die Kollegen aus, jeder an seinem Teile beizutragen an der Erhaltung des höchsten menschlichen, seiner eignen Gesundheit, durch Eintreten für alle Beteiligungen, die eine Verbesserung der sanitären Verhältnisse der Sechsmaschinenräume zum Ziele haben. Bebahnter Beifall folgte den interessanten Ausführungen. In der kurzen, anregenden Debatte kam zum Ausdruck, daß in dieser Richtung bei uns noch sehr viel Aufwand zu betreiben sei. Es müsse Aufgabe der Betriebsräte sein, sich immer mehr um die Luftverhältnisse in den Sechsmaschinenräumen zu kümmern. Erfolgreich sei es, daß der Verbandsvorstand sich nun endlich dieser Sache annehme. Die Anregungen Höbnes sollen Gegenstand unseres Winterkampfes sein. Zur Aufnahme meldeten sich 28 Kollegen. — Nächste Versammlung am 2. Oktober.

Mar. Breslau. (Maschinenlehre.) Am 4. September hielt der Schließliche Maschinenlehreverein wieder eine Wanderversammlung (die erste nach dem Kriege), und zwar in Waldenburg, ab, die sehr zahlreich besucht war. Vor den Verhandlungen fand um 9 1/2 Uhr vormittags im Uniontheater (Altberlstraße) ein Lichtbildvortrag des Herrn Diplomingenieurs Amser von der Fabrik über „Die Vorteile der elektrischen Sechsmaschinenbeheizung gegenüber der Gasbeheizung und die elektrische Winkler-Heizung“ statt. Der Referent gab u. a. einen Rückblick auf die Erzeugung der Elektrizität und ging dann auf die sogenannte elektrische Winkler-Heizung an den Sechsmaschinen über. Er hob vor allen Dingen die hygienischen Vorteile derselben gegenüber der Gasbeheizung hervor und kam dabei auch auf die Metallergänzung zu sprechen. Hierauf dankte Vorführender Birnbach dem Vortragenden für seine interessanten und lehrreichen Ausführungen. Um 11 Uhr wurde in der „Stadtbrauerei“ in die Verhandlungen eingetreten. Zunächst begrüßte der Vorsitzende die zahlreich Erschienenen, vor allen Dingen den als Gast anwesenden Bezirksvorsitzer Köchel (Waldenburg). Nachdem dann noch seitens des Referenten sowie des Vortragenden Padelst vom Waldenburger Bezirksmaschinenlehreverein und vom Kollegen Porek als Vertreter des Gauvorstandes Begrüßungsreden gehalten worden waren, wurde in die Tagesordnung eingetreten. Zur Beratung stand vor allen Dingen die „Beschlußfassung über das neue Gaustatut und die gestellten Anträge“. Der Entwurf dazu, der gedruckt vorlag, wurde mit einigen Änderungen angenommen (u. a. Erhöhung des Gaubetrags um 20 Pf. pro Woche). Unter „Technischem“ wurden die letzten technischen Neuerungen der Kollegen Höper und Stroh sowie des Sechsmaschinenmonteurs Christel, die sämtlich von der Technischen Kommission ausprobiert waren, eingehend besprochen. Auch eine technische Auerung eines Breslauer Kollegen kam zur Sprache. Nach dem Punkte „Beschließendes“ wurden die Verhandlungen, die durch eine gemeinsame Mittagspause unterbrochen wurden, gegen 3 Uhr nachmittags geschlossen, um im Laufe der noch verfügbaren Zeit mit den Waldenburger und den andern Bezirkskollegen einige gemüthliche Stunden zu verleben.

Goslar. (Vierteljahrsbericht.) In der Junierversammlung wurde vom Kassierer der Kasienbericht gegeben, wonach die Kasse einen Bestand von 599,80 Mk. aufweist. Hierauf sprach der Vorsitzende über das Ergebnis der letzten Tarifauschüßigung, woran sich eine erregte Debatte schloß. Nachdem noch ein Antrag, den hier durchreisenden arbeitslosen Kollegen 3 Mk., den Ausgesteuerten 5 Mk. zu bewilligen, angenommen worden war, wurde die Versammlung geschlossen. — In der Augustversammlung wies der Vorsitzende auf die letzte vom Tarifauschüßisse beschlossene Zulage hin und gestellte hierbei das unsoziale Verhalten der Prinzipale. Zu den Ausschuhwahlen für die Allgemeine Ortskrankenkasse wurden zehn Kollegen eingereiht. Nachdem wurde noch der Kartellbericht gegeben und die Wahl eines andern Delegierten vorgenommen. — Die für den 18. August angelegte außerordentliche Mitgliederversammlung war stark besucht. Der Vorsitzende schilderte die traurige Lage der Buchdrucker gegenüber den andern Berufen und machte die Mitteilung, daß sich auch die Buchbinder mit uns solidarisch erklärt hätten, um auch ihrerseits etwas zu erreichen. Nach einer lebhaften Debatte wurde beschlossen, mit den bisherigen Prinzipalen in Verhandlungen zu treten. Es wurde eine Kommission aus zwei Vertreter und zwei ledigen Kollegen und einem Buchbinder gewählt. — In der außerordentlichen Versammlung vom 24. August wurde vom Vorsitzenden mitgeteilt, daß die Prinzipale ein öffentliches Verhandeln ablehnten mit dem Vermerk, daß doch in nächster Zeit zentrale Verhandlungen stattfinden und es da sicher eine „große“ (?) Zulage geben würde. Anerkannt wurde von den Prinzipalen, daß die Forderungen berechtigt wären; man wolle wohl, aber könne nicht aus der Reihe tanzen. Die Versammlung nahm mit Entrüstung von diesem Berichte Kenntnis und beschloß nach scharfer Debatte, an den Gehilfenvertreter und an das Tarifamt ein Schreiben zu senden, in dem denselben die Lage der Goslarer Buchdruckergehilfen vor Augen geführt wird. Auch soll an die Arbeitgeber ein Schreiben gerichtet werden, in dem ihnen mitgeteilt wird, daß die Versammlung mit Bedauern von dem unsozialen Verhalten der Arbeitgeber Kenntnis genommen hat und hofft, daß bei den nächsten Tarifverhandlungen ein angemeßener Ausgleich geschaffen werde, andernfalls man sich weitere Schritte vorbehalte, da sich die Gehilfen nicht mehr durch schöne Worte trösten ließen. — Die Versammlung am 10. September war schwach besucht. Der Vorsitzende gab verschiedene Eingänge bekannt und erinnerte nochmals an das 50jährige Giltungsfest des Ortsvereins Sildesheim. Als Fahrtenbüchse wurden 5 Mk. be-

willigt. Nachdem der Vorsitzende den Kartellbericht gegeben hatte, wurden unter „Beschließendem“ die im „Korr.“ erschienenen Artikel mit Lohnkassen montiert, die für die heutigen Verhältnisse meist schon überholt seien, z. B. der selbst erschienenen Artikel des Kollegen Willen (Leipzig) kann für die diesmaligen Verhandlungen nicht in Frage kommen, da nach diesem der Stundenlohn hier in Goslar in der höchsten Klasse mit 6,45 Mk. zu verzeichnen ist, während andre Berufe hier schon seit einiger Zeit 6,80 Mark (höchste Arbeiter 5,90 Mk.) bekommen; die vier Jahre gelehrten Buchdrucker 4,34 Mk., der bestbezahlte Buchdrucker 5,30 Mk.

Stb. (Bezirksversammlung am 9. September.) Nach Erledigung des geschäftlichen Teils wurde auf Antrag der Revisoren dem Kassierer Meinholz einstimmig Entlastung erteilt. Als Delegierte zur Kreisversammlung in Dortmund wurden sechs Kollegen gewählt. Der dritte Punkt der Tagesordnung: „Die bevorstehende Tarifauschüßigung“, zerrigte eine im allgemeinen gegen die Führer und den „Korr.“ gerichtete nicht endenwollende Debatte. Die Vorfage der Gehilfenerschaft und das Verhalten der Prinzipale wurden in ausgiebiger Weise genezt und von den Gehilfenvertretern verlangt, diesmal selbstzubeißen; die Gehilfenerschaft sei bereit, ihren Forderungen nachdruck zu verleihen. Eine einstimmig angenommene Entschüßigung beauftragt ihren Gehilfenvertreter, bei den Tarifauschüßverhandlungen dafür einzutreten, daß der Grundlohn einschließlich Lokalaufschlag um 100 Proz. zu erhöhen ist. Die Wirtschaftsbekillten und die Belegungszulage sind in der bisherigen Höhe weiterzugeben. Einig und geschlossen steht die Köhner Gehilfenerschaft hinter dem Verbandsvorstand. Ein Zufuhrantrag, den Gehilfenvertreter mit gebundenem Mandat zu senden, wurde gegen drei Stimmen abgelehnt. Gegen die Streikbrecher wird die nächste Versammlung Stellung nehmen. Es ist sogar festgestellt und gebrandmarkt worden, daß einige Kollegen nur um des schönen Mannens willen auf ihre Forderungen verzichtet haben; doch wird sich das Schiedsgericht damit noch beschäftigen, um beiden Seiten die nötige Erkenntnis beizubringen.

Sorau (M.-L.). Wegen Forderung einer besonderen Wirtschaftsbekillte kam es hier zu einem allgemeinen Konflikt. Das Kreisamt führte Verhandlungen herbei, die mit dem Ergebnis endigten, daß eine besondere Wirtschaftsbekillte in anderthalbfacher Höhe der Feuerungszulage für Verbeirakete und in einfacher für Ledige gewährt wurde. Die Hilfsarbeiter erhalten den üblichen Anteil von 85 Proz. davon.

Ulm-Neuulm. Unsere Versammlung am 9. September hatte als Hauptpunkt „Tariffragen“ zur Tagesordnung. Nachdem Vorführender Kramer einen Bericht über die derzeitige Lage in puncto Entlohnung gegeben hatte, setzte eine rege Diskussion ein, die einhellig darauf hinwirkte, daß wir nicht auf den bisherigen Lohnverhältnissen, die nur einen Tropfen auf den heißen Stein bedeuten, uns nicht mehr zufriedengeben könnten und wir unsern Gehilfenvertretern die erste Mahnung mit zur neuen Tarifberatung geben, für durchgreifende und ein menschenwürdiges Dasein gestaltende Entlohnung nachhaltig einzutreten. Weniger Stille unter Wegfall des Ledigen- und Verbeiraketenlohnens und eine allgemeine Zulage, die auch uns Buchdruckern gestatte, zu leben, nicht nur zu vegetieren. Wir sind entschlossen, im schlimmsten, von uns nicht gewünschten Falle ein für unsre Forderungen einzutreten. Folgende Resolution kam einstimmig zur Annahme: „Die Mitglieder der Ulm-Neuulm forbert von den Gehilfenvertretern, dahin zu wirken, daß bei der Tarifberatung eine Verringerung der Lohnkassellungen herbeigeführt wird und der Leistung entsprechend entloht wird. Wir fordern weiter eine Anpassung der Löhne, welche die heutigen Feuerungsverhältnisse ausgleichen.“ Gerügt wurde der schlechte Versammlungsbesuch, das welche auf die Interessentlosigkeit gewisser Kollegen hin, welche sich mehr der Vereinsmeherei widmen, auf sich mit Gewerkschaftsfragen in erster Linie zu befassen. Mit einem warmen Appell an sämtliche Kollegen, ferner unsern Versammlungen mehr Interesse entgegenzubringen, schloß Vorführender Kramer die in allen Teilen rege verlaufene Versammlung.

Willenberg. Die starkbesuchte Versammlung am 10. September beschäftigte sich in der Hauptsache mit der immer stärker einsetzenden Teuerung und in Verbindung damit mit dem am 19. September zunehmenden Tarifauschüßigung. Alle Redner verließen darauf, daß mit der jetzigen Lohnpolitik innerhalb der Tarifgemeinschaft unbedingt gebrochen werden müßte, soll der Buchdruckergehilfen nicht vollends als minder bewerteter Arbeiter in puncto Bezahlung seiner Arbeitskraft sich betrachten. Die Willenberger Kollegenchaft ist sich des Ernstes der diesmaligen Lage voll bewußt und entschlossen, mit der gesamten Kollegenchaft Deutschlands unter Führung ihrer berulenen Vertreter ihr Recht auf Besserstellung und Ausgleich an die Löhne der übrigen Arbeitererschaft eventuell dem Unternehmer gegenüber auch zu erkämpfen. Sie lehnt jede Sonderaktion, die die Stimpfkraft in ihrer Gelamtheit löst, ab; aber sie erwartet vom Verbandsvorstand sowie den Gehilfenvertretern, daß mit dem langen Verharben und Fesseln den Prinzipalen gegenüber endlich einmal Schluss gemacht wird. Die Gebud der Kollegen ist zu Ende. Nachstehende Entschüßigung fand einstimmige Annahme: „Die Willenberger Buchdruckergehilfen beauftragen ihren Gehilfenvertreter, bei den demnächstigen Verhandlungen im Tarifauschüß nur auf Grund der nachstehenden Forderungen zu beraten: Der Grundlohn einschließlich Lokalaufschlag ist um 150 Proz. zu erhöhen und tritt an die Stelle der bisherigen Entlohnung unter Fortfall aller Feuerungszulagen und Wirtschaftsbekillten. Das Lohnabkommen ist nur bis

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. (Brandenburgischer Maschinenlehreverein.) Die Versammlung am 4. September ehrte zunächst das Abbleben eines Kollegen in der üblichen Weise. Sodann gab der Vorführende bekannt, daß für unsre Kollegen, die in Schicht arbeiten, ein besonderer Kurus eingerichtet werden soll, in dem sie in das Betriebsrätegesetz eingeführt bzw. über dessen Anwendung unterrichtet werden sollen. Hierauf stimmte die Versammlung dem Antrage des Vorstandes zu, das Einschreibegeld ab 1. Oktober auf 1 Mk. zu erhöhen. Im weiteren Verlaufe seiner Vereinstätigkeiten kam der Vorführende auf die kommenden Tarifverhandlungen zu sprechen, wobei er die Kollegen zu festem Zusammenhalt aufforderte. Den nächsten Tagesordnungspunkt bildete ein Vortrag des Kollegen Höbne über: „Die Luftverhältnisse in den Sechsmaschinenräumen“. Redner gab einleitend einen Rückblick über die Beteiligungen der Sparte zur Verbesserung der hygienischen Zustände in den Sechsmaschinenräumen. Die durch den Krieg und seine Nachwirkungen etwas in den Hintergrund gedrängte sanitäre Frage war in der letzten Zeit Gegenstand der Erörterung im Verbandsvorstande, der bekanntlich von der Nürnberger Generalversammlung einen dahingehenden Auftrag hatte. In eingehender Weise verbreitete sich der Referent über die gelangenen Schritte, um eine Besserung in den Luftverhältnissen der Sechsmaschinenräume zu erzielen. Eine Reihe von führenden Persönlichkeiten auf dem Heizungs- und Entlüftungsgebiete sind für die Fragen interessiert worden und die gemachten Vorschläge sind bereits Verwertung durch Techniker. Es dürfte möglich sein, in nicht zu ferner Zeit der Kollegenchaft Kenntnis von den Erfahrungen in der Praxis zu geben. Die Hauptursache der ungesunden Luft in den Arbeitsräumen sei die durch die Beheizung der Kessel mittels Gas entlebenden, sehr gesundheitschädlichen Verbrennungsgase, die den Raum erfüllen und abgeführt werden müssen, wozu eine besondere Einrichtung getroffen werden muß, da die gebräuchlichen Abzugsrohre über dem Kessel ungeeignet sind. Die Frage der Zuführung frischer Luft kann in ziemlich einwandfreier Weise gelöst werden, ohne daß die lästigen Zugeröhlungen auftreten. Wenn irgend möglich, sollte die elektrische Heizung durchgeföhrt werden, deren allgemeine Anwendung an den höheren Betriebslosten einen Widerstand findet; mit der elektrischen Heizung wäre sofort eine radikale Besserung der Luftverhältnisse erreicht. Auch den Kollegen wurden Hinweise gegeben, wie sie dazu beitragen könnten, einer größeren Luftverschönerung entgegenzuarbeiten. Es sollen die Gewerbeinspektoren mehr als bisher für die Fragen interessiert und eine Erweiterung der Bundesrats-

Gegen die geplante neue Verteuerung der Postgebühren

Ein neues Rätsel will der Herr Reichspostminister lösen: Wie erhöhe ich die Einnahmen? Wohl ist dies für ihn gar kein Rätselraten; um die Sache kurz zu machen, sagt er einfach: Das Briefporto wird erhöht! Da ja die Preise — man kann nicht mit derselben Nachsichtlichkeit sagen: die Kosten — für alle Bedürfnisse des heutigen Lebens steigen, so darf doch auch die Post mit der obliegenden Portoerhöhung nicht leiden. Wie sich aber die Welt hält, und das Publikum zur Sache stellen, ist eine andere Frage. Wohl müssen wir der Post als wichtigstem Verkehrsmittel die nötigen Betriebsmittel zur Verfügung stellen. Bringt sie selbst die Einnahmen nicht auf, muß das Reich Zuschuß leisten, und dieser Zuschuß geht natürlich wieder auf Kosten der Steuerzahler und trifft diejenigen am härtesten, die das meiste Geld nötig haben. Aber mit der fortwährenden Erhöhung der Portofrüchte — ebenso der Fahrpreise und der Frachtküsse der Eisenbahn — wird der gewünschte Erfolg nicht kommen; im Gegenteil, Verbilligung bringt mehr Unlab. Auch wird eine abermalige Steigerung der Gebühren noch andere Folgen auslösen und besonders hart dabei wird die graphische und papierverarbeitende Industrie betroffen werden. Nach hat sich die Postkartenindustrie von der letzten Verbilligung des Portos für die „Südwortpostkarte“ nicht erholen können, und für die Folge wird man auch diese Vergünstigung — die im Grunde genommen gar keinen Sinn hat — wieder fallen lassen. Wenn nun doch ein neuer Tarif kommt, dann sollte er wenigstens von Fachleuten ausgearbeitet werden. Besonders muß sich jetzt dafür die graphische Industrie stark ins Zeug legen, das etwas Brauchbares und den Verleher und Unlab Strebendes herauskommen.

Die Sätze für Drucksachen dürfen auf keinen Fall erhöht werden.

Für die Bildpostkarte muß mindestens die Bedingung erreicht werden, daß die linke Aderseite voll für schriftliche Mitteilungen benutzt werden kann und das Porto hierfür 25 Pf. nicht übersteigt.

Stichtauswertungen, Familienanzeigen usw. in Hüllen keinesfalls mehr als 15 Pf.

Auch die Einführung des offenen Briefes wäre dringend zu empfehlen. Es gibt doch im Geschäfts- und Privatleben so viele unrichtige Mitteilungen (Rechnungen, Kostenanschläge, Auszüge usw.), die mit rubigem Gewissen offen verhandelt werden können. Während des Krieges wurde man ja öfters gezwungen, seine Familienangehörige durch die Zensur laufen zu lassen, warum soll es jetzt nicht möglich sein, Briefe offen zu versenden? Wenn der Portofuß hierfür die Hälfte des geschlossenen Briefes beträgt, so wird das gewiß großen Anklang finden. Die Gebühr für postlagernde Briefe könnte ruhig 1 Mk. betragen, denn wer schon ein Schalter für postlagernde Briefe in einer Badeanstalt Polonaise gestanden hat, wird mir darin vollständig recht geben.

Was das Paketporto anbelangt, so glaube ich, daß diese Gattung noch genug im Preise ist. Daß nur ein ermäßigter Satz für Zeitungspakete in der Nahzone besteht, ist formal falsch; diese Ermäßigung muß unbedingt für die Fernzone auch erreicht werden.

Was die übrigen Postgebühren anbelangt, so will ich deren Festsetzung den Fachleuten überlassen. Meine Meinung geht dahin: Die am meisten vorkommenden Sendungen zu mäßigen Sätzen zu befördern, damit der Verkehr belebt und die Gesellschaft abfähig wird; nur so kann die Industrie gehoben und Arbeitslosigkeit verhindert werden. Ein vernünftiger Posttarif wird auch dazu beitragen, daß die andern Steuerquellen des Reiches gestärkt werden.

Also, hervor mit den Fachleuten und dafür eingetretet, daß der neue Posttarif ein neuer Stephan wird.
Mergentheim. H. Werner.

Berufspädagogische Woche

Am Staatswissenschaftlichen Institut der Universität Münster i. W. findet vom 5. September bis 15. Oktober d. J. der dritte akademische Berufspädagogenkurs statt, an dem über 50 Personen, meist Angehörige der freien Gewerkschaften, aber auch Vertreter der Christlichen und kirchlich-pädagogischen Kreise teilnehmen. In der Woche vom 12. bis 18. September war damit erstmalig eine sogenannte Berufspädagogische Woche (B.P.W.) verbunden. Die Gewerkschaften haben die Pflicht, solche Veranstaltungen nicht unbeachtet zu lassen. Der von der Universität Münster damit beabsichtigte Zweck ist zu berühren, aber die Hauptziele sind, daß der Zweck auch erreicht wird, was wir von der ersten B.P.W. nicht völlig glauben annehmen zu können. Denn an der B.P.W. teilnehmenden Herren und Damen soll die volkswirtschaftliche Lage und die Entwicklung der gewerkschaftlichen wie der Arbeiterbewegung überhaupt durch Wort, Bild und Tafel geschildert werden, um eventuell das Gehörte und Gelernte im Schulunterricht an den Säug-, Gewerbe- und Fort-

bildungsschulen verwerten zu können. Sings kommt noch, daß auch über das Betriebsrätegesetz eventuell in den Schulen unterrichtet werden soll. Da kann es uns als freie Gewerkschaftler keinesfalls egal sein, wer solchen Unterricht erteilt. Wir wollen es von uns, etwa nur solche Lehrer als befähigt und geeignet anerkennen zu wollen, die das Parteimitgliedsrecht nicht bei sich tragen. Die Parteirichtung darf hier keine Rolle spielen. Wird dieser Unterrichtsstoff in die Fach-, Gewerbe- und Fortbildungsschulen übernommen, dann müssen wir vor allem fordern, daß er unparteilich von Lehrern erteilt wird, die mit Herz und Seele bemüht sind, den jungen ihnen anvertrauten Menschen von den gegenwärtigen Verhältnissen auf den angegebenen Gebieten ein der Wahrheit entsprechendes Bild zu geben, ohne Färbung nach links oder rechts. Wenn diese jungen Menschen später Mitglieder der Gewerkschaften werden, ist es Aufgabe der Lehreren, die Schulung in dem Sinne fortzusetzen, wie es ihren Zielen entspricht. In den Schulen müssen die Lehrer a. B. das Betriebsrätegesetz lehren, wie es dem Sinne der Gesetzgeber vorgezeichnet hat, aber auf keinen Fall so, wie es ein großer Teil der Unternehmerhildung, meist Rechtsanwältel, jetzt zum Schaden der Arbeitnehmer auszuwählen bestrebt ist.

Auch bei der geplanten Errichtung von Betriebsräteschulen müssen wir uns die Lehrenden doppelt ansehen, und wir dürfen es uns nicht bieten lassen, daß man uns die Lehrer aufzwingt, sondern müssen uns so viel Einfluß verschaffen, daß wir bei der Lehrerbewahl ein ausschlaggebendes Wort zu reden haben. Betriebsräteschulen sind zu begrüßen, denn wenn man bedenkt, daß in Deutschen Reich etwa 120 000—150 000 Betriebsräte vorhanden sind, so wird man daran auch ermeslen können, daß es jetzt die dringendste Aufgabe ist, diese mit der teilweise noch neuen Materie vertraut und selbstständig zu machen.

In der Berufspädagogischen Woche in Münster nahmen über 80 Personen aus den verschiedensten Städten Deutschlands teil; wie schon angedeutet, bestanden die darunter auch einige Vertreter des weiblichen Geschlechts. Wer Gelegenheit hatte, sich die Präsenzliste etwas näher anzusehen, mußte aber zu der Abergzeugung kommen, daß die Delegationen nach mancherlei Gesichtspunkten hin keine allzu glücklichen waren. Geheimräte, Regierungsräte und Direktoren waren verhältnismäßig stark vertreten. Nach meiner Ansicht, und dies ist auch die Ansicht fast aller freigewerkschaftlichen Teilnehmer am dritten Berufspädagogenkurs, wäre es weit richtiger gewesen, wenn das zuständige Ministerium mehr solche Lehrer entsandt hätte, die mit den Schülern direkt in Fühlung stehen. Auch sind uns über die Handhabung der Delegationen diverse Einzelheiten bekannt geworden, die für uns gerade nicht vertrauenswürdig wirken können.

Die Teilnehmer am dritten Berufspädagogenkurs hatten einige Male gemeinsam mit den Teilnehmern der B.P.W. Vorlesungen. Dabei konnte an dem Verhalten eines Teiles der B.P.W.-Teilnehmer zweifelsfrei festgestellt werden, daß sich diese Herrschaften ablehnend verhalten. Am 16. September vormittags fand eine gemeinsame Diskussion statt, die sicherlich viel zur Klärung und beiderseitigen Annäherung beitragen haben dürfte. Die Sprecher der freien Gewerkschaften haben aus ihrem Herzen keine Würdegrube gemacht. Es soll aber auch anerkannt werden, daß sich unter den Teilnehmern der B.P.W. Personen befanden, die frei und offen ihre Meinung kundgeben in einem Sinne, mit dem wir uns vollständig einverstanden erklären können. Aber es gab auch Redner, aus deren Ausführungen klar zu hören war, daß sie vom Festhalten noch nicht erlöst sind und an den reaktionären Zuständen festhalten wollen. Hier heißt es für uns, auf der Hut sein.

Köln-Münster.

Georg Böhner.

„Objektive“ Berichterstattung

Der „Korr.“ bringt in Nr. 106 über eine außerordentliche Bezirksversammlung in Frankfurt a. M. einen Bericht, der einige Unrichtigkeiten enthält. Der Berichtserfasser schreibt u. a.:

Gleich zu Beginn der Versammlung teilte sich die Opposition in demagogischen folgender Art: Auf Antrag des Kollegen König beschloß die Mehrheit der Versammlung, den zweiten Punkt der Tagesordnung an erste Stelle zu setzen. Sodann beantragte Kollege Ulrich Übergang zur Tagesordnung. Vorheriger Nepeckis hielt eine Rede über die Bedeutung der richtigen Wortes. Wie sehr er damit ins Schwarze getroffen, gelte der „Beifall“, der zur Folge hatte, daß die Versammlung auf zehn Minuten unterbrochen werden mußte. Darauf hatte die Opposition ihren Zweck erreicht und das Niveau für den weiteren Verlauf der Versammlung vorbereitet. Nach Wiedereröffnung wurde über den Antrag Ulrich geheim abgestimmt.

Ob das, was für uns von der Opposition seine guten Gründe hatte, ein „demagogisches“ war, überlassen wir getrost dem Urteile der Frankfurter Kollegen. Die Sache trug sich sonst etwas anders zu: Die Versammlung

bestand sich in der Abstimmung über meinen Antrag: „Übergang zur Tagesordnung“. Das Resultat wurde durch Auszählung festgestellt bzw. sollte festgestellt werden, denn „man“ kam nicht zu Ende damit. Seitens des Vorstandes war u. a. der Kollege Steinmann zum Auszählen bestimmt worden. Dieser sagte bei der Auszählung zum Kollegen Will: „Was, du stimmst auch für diesen Antrag?“ Kollege König und ich standen dabei und antworteten Steinmann: „Dies ist Wahlbeeinflussung“. Darauf beehrte Kollege Steinmann den Kollegen König mit verschiedenen „Stößen“ und drohenden Handbewegungen. Jetzt setzte allgemeiner „Beifall“, d. h. Zumahl ein. Nicht also, weil der Kollege Nepeckis „ins Schwarze traf“, setzte der „Beifall“ ein, sondern weil ein Kollege von der andern Seite „nervös“ wurde. Ob das gebundene Mandat in der von uns propagierten Form ein „glatter Anlauf“ ist, darüber zu urteilen ist nicht nur Sache der Vorstandsangehörigen, darüber werden die Kollegen sich nach der Tarifausdehnung Rechenschaft ablegen müssen. Eine Unwahrheit ist es, wenn gesagt wird, die Führer der Opposition lehnten es selbst ab, das gebundene Mandat zu verteilen. Wir haben uns nicht gemeldet, die daraus sich ergebenden Konsequenzen zu tragen, aber wir haben es auch nicht für nötig befunden, vorzeitig unreife Karten aufzudecken. Wenn in den letzten Sätzen gesagt wird, „für verschiedene Kollegen der Opposition“ bestimmte recht unliebsame Arbeiten wurden mit dem nötigen „Pathos“ niedergebrellt, so wird doch niemand behaupten können, daß sich die „Führer“ der Opposition daran beteiligen haben.

Frankfurt a. M.

Ulrich.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Gebundene Mandate. In der älteren Gewerkschaftsperiode tauchte dieses diktatorische Mittel öfters auf. Meistens, wenn eine Gruppe ihre Absichten nur durch Festlegung auf bestimmte Wege glauben durchsetzen zu können, anstatt in freier Aussprache die Meinung aller kennen zu lernen und dann für das am besten Ersehbende zu stimmen. Das mangelnde Vertrauen zu den gewählten Vertretern, das dadurch mit zum Ausdruck kam, fand seine Erklärung aber nicht in der schlechtesten Qualität, denn „hofft“ hätten sie ja nicht das Vertrauen gelohnt, gewählt zu werden, sondern in dem Umstande, daß sie sich nicht einseitig auf irgend etwas festlegen lassen wollten, von dem man noch gar nicht wissen konnte, ob es zum Vorteil oder Nachteil der Gesamtheit ausschlagen konnte. Denn nicht das Lokale oder ein Gruppeninteresse darf in Betracht kommen, sondern allein das, was als nützlich für alle zu betrachten ist. Das gebundene Mandat war daher nicht allein der Ausfluß von Diktatur, sondern auch ein Zeugnis gewerkschaftlicher Unreife. In den Kinderjahren der Gewerkschaftsbewegung kam die letztere Erklärung am häufigsten in Frage. Das gebundene Mandat wurde wegen seiner zweifelhaften Schädlichkeit von allen Gewerkschaftsgeneralversammlungen und Gewerkschaftskongressen abgelehnt, auch die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei verhielten sich immer strikt ablehnend. In seiner Konsequenz macht es ja auch jedes Veralen und Verhandeln überflüssig, denn wenn jeder Delegierte mit einem gebundenen Mandat kommt, braucht eigentlich nur abgestimmt zu werden, und alles reißt so hing wie zuvor und unverändert Dinge wieder ab. In unserm Verbande wurde zum erstenmal auf der Generalversammlung in Berlin 1885 das gebundene Mandat für unzulässig erklärt. Dieser Beschluß mußte auf Grund wenig rühmlicher Nachfolgeschick einige Male erneuert werden, was jedesmal glatt erfolgte. Frankfurt a. M. ist zu der diesmaligen Tarifausdehnung mit diesem Resultat aus der Kinderzeit der Gewerkschaften „bahnbrechend“ vorgegangen. Das Verdienst daran gebührt der dort neugeborenen Opposition. Halle a. d. S. hat mitgemacht. In Eisen a. d. Ruhr bekam man ähnliche Umwandlungen. In Köln, allwo der Boden noch nicht genügend wieder abgehöhlt ist, fanden sich trotzdem nur drei Stimmen für diesen „gewerkschaftlichen Anlauf“, wie in einer der letzten Nummern ein Berliner Kollege den ganz richtigen Ausdruck dafür fand. In Frankfurt a. M. selbst ist die Opposition bei der Tarifumsetzung über ihren Antrag ja oben auf gekommen, allerdings nur durch die Bearbeitung der Kollegen bei Statfinden der Abstimmung mit allerlei falschen Behauptungen gegen den Gehilfenvertreter und andre Kollegen. Da aber ein Gehilfenvertreter nicht der Anwalt der Stollenerschaft eines einzigen Ortes ist, so fand Abstimmung im ganzen Tarifkreis III statt. Es wurden für das gebundene Mandat 1388 Stimmen abgegeben, dagegen 1876. Damit war die Sache erledigt. Es ist leicht vorstellbar, daß die in Betracht kommenden Gehilfenvertreter mit gebundenem Mandat nicht nach Berlin gegangen wären. Die Urheber dieser neuen Parole Frankfurt a. M. scheint sich neustens als Paroleausgabestelle zu betrachten — haben sich wohl gar nicht überlegt, daß nach ihrem Standpunkte nicht einmal die notwendige Vorbesprechung der Gehilfen-

vertreter und der Organisationsleitung über die vielen von Gehilfenleihe vorliegenden und wiederum beträchtlich voneinander abweichenden Anträge zur Tarifabschlussführung mit abschließender Formulierung der Gehilfenforderungen hätte stattfinden können. In einen einheitlichen Aufmarsch gegenüber der Prinzipalität bei den Verhandlungen wäre gar nicht zu denken gewesen. Jeder Gehilfenvertreter hätte sein Sprichwort herlegen können, und die Unternehmerratschläge würde ihre alte Freude gehabt haben, daß statt eines geschlossenen Willens und Verlangens eine Stufenleiter von Gehilfenforderungen zum Vorschein gekommen wäre. In dieser schwierigen Situation für die Stufenleiter einfach verderblich. Wenn das neuzeitliche Gewerkschaftsdenken sein soll, dann danken wir schönstens dafür und erwarten von allen verständig denkenden Kollegen, daß sie, wo es erforderlich wird, alles tun, um diesen krankhaften Zug gleich bei seinem Aufkommen wieder zu befehlen.

Offene Stellen für bezahlte Gewerkschaftler. Durch den Zentralstellennachweis des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin SO 16, Engelster 24) wird gesucht: ein Bezirkssekretär für den Bezirk Westfalen und Rheintal, Eich Vörrach i. B., für Betriebsräte sowie Bildungsweisen usw. Bedingung zehnjährige gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit. Eintritt 1. bis 15. November, Gehalt 1800 Mk. monatlich. Ausführliche Bewerbungen sind an genannte Zentrale zur Weiterbeförderung möglichst sofort einzuliefern.

Volkshilfsverlag „Das Bild“, C. O. m. b. S. Zweck der Genossenschaft ist der Vertrieb originalgezeichneter Wiederabgaben von Werken bildender und angewandter Kunst der Vergangenheit und Gegenwart. Durch Ausschaltung jeden Kapitalgewinnes soll es auch den minderbemittelten Volksschichten ermöglicht werden, sich mit den Werken aller und neuer Meister vertraut zu machen. Die Genossenschaft verfolgt also gemeinnützige Zwecke und vertritt die Aufklärung aller Volksgenossen. Die Mitgliedsgebühr beträgt 2 Mk. und ist bei der Anmeldung zu zahlen. Die Höhe des Mitgliedsanteils ist auf 10 Mk. festgelegt. Aufnahmefähig ist jede geschäftsfähige Person. Im Vorstand und Aufsichtsrat sitzen bekannte Kollegen aus den vier graphischen Verbänden, welche Lehrgänge durch Entnahme einer großen Anzahl von Anteilen weitgehenden Einfluß geltend haben. Ein künstlerischer Beirat steht dem Vorstand und Aufsichtsrat zur Seite. Die ersten Bilder (zerahmt und ungerahmt) kommen bis Ende November zum Verkauf; der Preis soll ein möglichst mäßiger sein. Alle nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle: Otto Günther, Berlin-Mariendorf, Kurfürstendamm 19. Als Vertriebsstelle für die Buchdrucker außerhalb Berlins ist der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker, Leipzig, Salomonstraße 8, bestimmt, wohin alle Bestellungen aus Solingenkreisen zu richten sind.

„Der Graphische Bund.“ Die Septembernummer der Betriebsrätezeitung für die graphische und papierverarbeitende Industrie unter vorliegendem Titel ist soeben zur Ausgabe gelangt und bringt wieder wertvolle Anregungen für praktische Gewerkschaftsarbeit, die jeder Kollege als Betriebsrat oder zur Mitarbeit innerhalb der Organisation verwerten kann. Der Zeitausschlag „Am die Verfassung“ läßt die politischen Ereignisse der letzten Zeit am geistigen Auge vorüberziehen und spricht, unter besonderer Berücksichtigung des Buchdruckgewerbes, klar und deutlich aus, was in diesen Tagen für die deutsche Arbeiterklasse auf dem Spiele steht. Im nächsten Aufsatz: „Das Internationale Arbeitsamt“, finden wir über Entlohnungsgeschichte, Bedeutung und Ausblick dieses Amtes wertvolle Aufzeichnungen von F. Rudegeest, Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Auch Kollege Franz Paier in Nürnberg ist wieder mit einem Beitrag „Wir fordern!“ mit Tatsachen aus der Betriebsrätepraxis versehen, dessen Studium jedem Betriebsrate besonders empfohlen werden kann. „Geldentwertung und Proletariat“ von Dr. Albert Gebhardt in Berlin stellt schärflich die proletarische Forderung für energische Bekämpfung und Ordnung der Staatsfinanzen und des gesamten Geldwesens auf dem Wege der Sozialisierung. Wissenswertes aus der Praxis finden wir auch unter den Rubriken „Gehel und Recht“, „Sozial“, „Die wirtschaftliche Lage“, „Die Gegner“, „Arbeiterbewegung“, „Die graphischen Verbände“, „Das graphische Kartell“.

Ausland der sächsischen Papierarbeiter. Ein Teil der sächsischen Papierarbeiter ist wegen Tarifstreikigkeiten ausständig geworden, so in Saldenau, Kleinholza, Langenhennersdorf, M. Weidens-Dreiweiden, Kriebitzsch usw. Man beschließt die Ausdehnung auf ganz Sachsen; es kommen dann 25000 Arbeiter in Betracht. In Pirna streiken 2500, im Bezirk Chemnitz 3500 und im Bezirk Waldheim 850 Mann. Die armen, im Preisstreben so gewordenen Papierfabrikanten erklären, in Xalen nicht über 1,20 Mk. Erhöhung pro Stunde hinausgehen zu können.

Neue Maschinen auf der letzten Zugramesse in Leipzig. Aufsehen erregte unter den Maschinen auf der letzten Zugramesse in Leipzig auch die Schweißmaschinenfabrik des Osdorfer Werkes in Berlin O 17. Es ist es ist für den Nachmann ersichtlich, mit welcher Geschwindigkeit die Maschine (Zuggang) arbeitet, die bis zu 120 gebrauchsstellige Bruchstücke in der Minute einschließlich Schweißklappenummierung geordnet abgeben soll. Ihre Schweißklappenummierung soll die Maschine in ihrer Entwicklung noch rentabler sein. Die Schweißklappen der Sturcks müssen aber hier schon vorher gummiert sein.

Kulturabgabe und Sortimentszuschlag, Buchhandel und Preis. Die Buchändler lassen in ihrem führenden, aber nicht öffentlichen Fachblatt, dem „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“, größte Unzufriedenheit mit der Tages-

presse erkennen, weil sie sich einseitig zugunsten der Kulturabgabe unterrichtet zeige. Der Buchhandel habe keine Stimme in der öffentlichen Meinung; ja, nicht einmal einen Resonanzboden für seine eignen Kundgebungen. Man such die Schuld allein bei der Presse und appelliert an ihr Kulturwillen, „endlich wieder einmal die kulturelle Leistung und Bedeutung des Buchhandels zum Maßstab ihrer Urteile zu nehmen“. Wie kann man aber unter den obwaltenden Umständen, daß die Geheimhaltung des „Börsenblatts“ auch heute noch zu den heiligsten Pflichten des Buchhändlers gehört, der Presse vorwerfen, daß sie Buchhändlerfragen nicht mit Liebe behandle, wo sie gar nicht von den Gehilfen unterrichtet wird? Dr. Franz Alfstein lebt in einer Kritik im „Börsenblatt“ diesen Umstand hervor und gibt den Buchhändlern die Hauptschuld, die den Kampf gegen die Kulturabgabe unglücklich geführt hätten. Die Presse liehe sich nicht mit Wackeltellen abspielen, sie sei gewöhnt, aus erster Quelle zu schöpfen; untergeordnete Fachschriften können auch nicht in Betracht. Nach seiner Kenntnis der Dinge sei überhaupt erst im Reichswirtschaftsrat, bevor es den üblichen Ausgang genommen habe, wenig Neigung für die Kulturabgabe vorhanden gewesen, die in Wahrheit kulturfeindliche Pläne verfolgte! Einen solchen Unternehmerstandpunkt kann sich die Arbeiterklasse natürlich nicht zu eigen machen. Die Reichskulturabgabe, die bekanntlich jedem Urheber eines literarischen Werkes einen Mindestanteil von 10 Proz. an der wirtschaftlichen Verwertung seiner geistigen Arbeit sicherstellen wollte, halte von der Staatsernennung des Buchhändler-Börsenvereins zur Ablehnung gestanden, „um nach innen den Buchhandel zusammenzuschließen und nach außen ein Bild der Einmütigkeit zu zeigen“. Die Frage der Sortimentserleichterungszuschläge in Verbindung mit der Reichskulturabgabe drohe die vereinigten Verleger und Sortimentler in ihrer Enghirnigkeit zu spalten, deshalb mühte wohl die Kulturabgabe geopfert und die unmarxistische Preisbildung für Bücher noch aufrecht erhalten werden zum Schaden der Allgemeinheit, nicht zuletzt der bishererzogenen Arbeiterklasse. Inzwischen ist nun auf dem Wege gelunder Buchhändlerpreispolitik weiter vorwärts geschritten, indem auch, wie wir in Nr. 105 unter „Rundschau“ registrierten, der Sortimentserleichterungszuschlag auf das schönste Buch teilweise gefallen ist. Sollen sich finden Reichskulturabgabe und Sortimentserleichterung endlich allgemein das notwendige Verständnis bei den Verlegern und Sortimentlern, wenn diese nicht schließlich durch gesetzliche Maßnahmen dazu gezwungen werden wollen.

Die Gefängnisdruckerei in Heilbronn. Die eindringlichen Proteste der Kollegenchaft und der Prinzipale gegen die Errichtung der Gefängnisdruckerei in Heilbronn, die in wirtschaftlicher Beziehung Sühnpfandarbeit erster Güte bedeuten, halten keinen Erfolg. Dem württembergischen Justizminister Holz wurden die dazu geforderten 70000 Mk. unter Zustimmung des württembergischen Landtages bewilligt. In der Gefängnisdruckerei sollen in erster Linie etwa vorhandene Buchdrucker verwendet werden. Unter den 2500 Gefangenen befindet sich erzieherweise nur ein Buchdrucker. Sehr verärgert nun, daß mit der Einrichtung der Gefängnisdruckerei ein nur dreizehn Jahre bei einer Firma in Stuttgart gelernter Drucker in seiner jetzigen Eigenschaft als Wachmeister im Zellengefängnis Mail beantragt wurde. Das Material zur Einrichtung der Druckerei soll bereits bestellt sein, nachdem der Beauftragte erst Erkundigungen eingesehen haben soll, auf welche Weise wohl die Einrichtung einer Druckerei bewirkt werden kann! Auch einem gelerntem Drucker können nicht ohne weiteres Einrichtungsmöglichkeiten abgeprochen werden, wenn er sich zugleich um die Sachtechnik gekümmert hat. Die an den Tag gelegte Mithilflosigkeit zeigt aber, daß nicht die richtige Wahl getroffen wurde.

Privatkapitalistische Erdrosselungsversuche des Großhandels gegenüber den Genossenschaften. Mühen schon bisher die Genossenschaften gegenüber der Behämpfung durch das Privatkapital auf dem Posten sein, so muß es jetzt wohl mehr geschehen. In aller Stille sind durch Verhandlungen zwischen dem Großhandel und verschiedenen Zweigen der Industrie Abmachungen zustande gekommen, die in ihrer Auswirkung die auf dem Prinzip der Selbsthilfe aufgebauten Genossenschaften in aller Ruhe das Lebenslicht ausblasen können, wenn nicht durchgreifende Maßnahmen scheinlich dagegen getroffen werden. Die vom Großhandel veranlaßten Verträge verbieten den Fabrikanten, an Genossenschaftlichen Großhandelsabzähl zu gewöhnen oder überhaupt Waren zu liefern. Die Fabrikanten lehnen bereits in größerem Umfang direkte Belieferung unter Umgehung des Großhandels ab oder wollen nur Kleinhändlerabzähl gewöhnen. Dadurch werden der Sinn und der Erfolg des genossenschaftlichen Wirkens vollständig aufgehoben. Durch das Valutaesend aus den inländischen Markt angewiesen, besteht für die Konsumgenossenschaften (auch für die Handwerker-genossenschaften) keine Möglichkeit, sich der Umklammerung zu entziehen. Der organisierte Verb. auch beteiligte durch Gründung seines Konsumvereins und Schaffung der Großverkaufsgesellschaften alle vertuernden lästigen Zwischenglieder, nahm keine Angelegenheiten in die eignen Hände und organisierte die Güterverteilung auf gemeinnütziger Grundlage. Und nun? Der Großhandel hält den Augenblick für gekommen, diese sozialwirtschaftliche Arbeit im Interesse seiner privatkapitalistischen Profitwirtschaft mit einem Schläge zu vernichten. Auf dem Wege der Geheimgabung ist diesem Treiben nicht beizukommen, denn die offen zugegebenen Verträge würden sich sofort in Geheimabmachungen verwandeln und unter der Oberfläche weiter wirksam bleiben. Es muß jetzt zu schnellwirkender Selbsthilfe gedrillten werden, wozu auch jeder Genossenschaftler je nach Kräften durch Bestand beitragen kann. Ein erst später in Erscheinung tretendes,

dafür aber um so sicherer wirkendes Mittel ist die Unterdrückung der Eigenproduktion durch Übernahme von zinstragenden Teilhaburkunden. Man stelle etwaige Spargrößen lieber der Genossenschaftsbewegung zur Verfügung, als daß man sie auf Sparkassen oder Banken trägt, die die privatkapitalistische Wirtschaft küssen, oder ehe man sie sich gar von „Spielbanken“ abschwindeln läßt.

Die Calwerische Indeziffer für August 1921. Der Reichsindex für die „Grobe Nation“, wie er durch die Ermittlung der Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelbedarfs einer vierköpfigen Familie unter Zurrundelegung des Preises der Nation eines deutschen Marineoldaten in der Vorkriegszeit im Durchschnitt von etwa 200 deutschen Städten ermittelt wurde, beträgt 345,96 Mk., gegen 359,04 Mk. im Juli d. J. Die Reichsindex für die „Kleine Nation“, der die Kosten einer vierköpfigen Familie (gleich drei Erwachsenen) der ärmeren Volksschichten in Norddeutschland von 50-70 Jahren zugrunde gelegt ist, errechnete sich für die gleiche Anzahl von Städten auf 132,80 Mk., gegen 121,97 Mk. im Juli d. J. Die Reichsindex der „Durchschnittsnation“ beträgt demnach 264,38 Mk., gegen 240 Mk. im Juli d. J. Ein Vergleich der Ziffern beweist die Verschlechterung der Lebenshaltung oder einen größeren Aufwand für die Ernährung gegenüber dem Vormonat um ein Bedeutendes. Alle Ziffern sind in die Höhe geschritten, namentlich diejenige der „Großen Nation“ um 36,92 Mk., was die „Durchschnittsnation“ erheblich beeinflusst. Die Veränderung der Calwerischen Indeziffer im Laufe der letzten Monate und Jahre ergibt sich aus folgender Übersicht:

	1914	1916	1917	1918	1919	1920	1921
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Januar . . .	25,57	41,26	53,67	56,50	63,65	130,65	381,70
Februar . . .	25,29	43,40	54,15	56,47	64,93	147,65	359,56
März . . .	25,08	48,77	54,69	57,00	67,30	167,60	356,19
April . . .	24,96	51,48	54,81	57,13	69,80	189,78	351,27
Mai . . .	24,70	52,29	54,58	57,30	73,70	224,63	353,14
Juni . . .	24,73	52,61	54,54	57,60	78,05	232,15	351,51
Juli . . .	25,12	53,47	54,26	57,61	82,21	252,38	359,04
August . . .	26,41	53,53	54,67	59,43	85,45	261,38	395,96
September . . .	26,14	53,55	57,37	60,84	95,67	273,95	—
Oktober . . .	27,09	53,50	54,79	61,80	100,63	332,20	—
November . . .	27,86	52,92	55,49	62,49	108,83	357,05	—
Dezember . . .	28,72	53,21	54,49	62,96	114,65	369,76	—

Briefkasten

J. Esch, in R.: Mit dieser Notiz von einem bürgerlichen Korrespondenzbureau, die wir schon in Nr. 101 unter „Rundschau“ gebührend kennzeichnen, geht man immer noch irreführen. Diese irreführende Frage des im Dienste des interessierten Unternehmertums stehenden Korrespondenzbureaus war ein willkommener Haken für viele bürgerliche Blätter, insbesondere für die realistischen und logenartigen Weltblätter. — Esch, in R.: Sie erhalten zur Entgegung das Wort, in keinem Fall aber in dem gewollten Anlaufe. Der „Korr.“ hat nicht so viel Raum, daß Erörterungen dieser Art so lang gehalten werden wie das zuerst Geschiedene. Wer sich nicht beschränken kann, soll lieber Polemiken unterlassen. — G. S. in R.: Wenn Sie in Nr. 104 des „Korr.“ unten auf der dritten Seite in der Bekanntmachung des Tarifrats den Gehalt der zweiten Abzähl, dann finden Sie Ihre Frage im vereinigten Sinne beantwortet. — G. S. in R.: Der deutschlandweite Sühnpfandverbot ist eine Organisation, die wir auf dem rechten Flügel steht und deshalb für uns ungenügend ist. In diesem Falle währt sie aber doch die Interessen ihrer Mitglieder, so daß die Sache nicht zum Gegenstand der Kritik gemacht werden kann. Es ist aber charakteristisch, daß sie das einem realistischen Buchdruckerelbhaber gegenüber im muß, der ihr politisch jedenfalls ein zugehöriger Mann ist. So lernen die deutschlandweite Sühnpfandverbot kennen, daß beim Unternehmertum die Wege weit auseinandergehen. Die dortigen d. h. Gehilfen geben durch ihre Schulleiter bis zu zwölf Stunden erst zu einer solchen Behandlung Veranlassung. — G. S. in R.: Wenn Sie sich nicht objektive Berichterstattung beschränken, so müssen Sie beifahren, Ihre Erörterung um so objektiver zu gestalten. Das ist keineswegs geschehen, deshalb die stürzen. — G. S. in R.: G. S. in R.: Der allerletzte Abendtag für Artikel zur Sozialpolitik war der 4. September. Sie haben die Tribüne erst am 17. und 18. September abgeben, so daß die nächste Nummer die vom 22. September gewesen wäre. Da gibt es nun Kollegen, die meinen, länger als drei Tage dürfe die Tarifausführung gar nicht v. rhandeln. Sie würden aber noch am vierten Verhandlungstage mit Willkommen kommen. Das ist unmöglich und deshalb abgelehnt. — Dr. W. in B.: 7,50 Mk. — Fr. S. in Sgl.: 81 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.

Fernprediger: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Berzburg. Es wird um Zustimmung des Verbandsbuchs des Kollegen Ernst Köhler an H. Weigenborn, Querstraße 6, gebeten. A. arbeite hier während der Zeit vom 3. Mai bis 10. Juli und war von Maxweise Maderburg v. mittel. Er gab an, Verbandsmitglied zu sein und bezahle auch Beiträge. Nach Hinterlegung von Zeilen und Veribung von Schwindelreife reile er von hier ab. Es wird vor ihm gewarnt und eventuelle Befehle mitgeteilt.

Stettin. Der Seher Karl Kaiser (Saupfandnummer 90768) aus Bad Oms, der Seher Alois Schneider (in 113510) aus Glinde und der Seher Joseph Hüber (in 113512) aus Zier, letzterer ist ohne Buch von Dann abgereist und stand zuletzt in Querfurt, werden ersucht, sich mit dem maßvoller Hugo Urgenstein, Burgstraße 12, in Verbindung zu setzen zwecks Regelung ihrer referierenden Beiträge, widrigenfalls wird Ausschlußparagraf gestellt.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einnahmen innerhalb 14 Tagen an die befestigte Adresse):

Im Gau Bayern 1. August Lipp, geb. in Oberndorf 1900; 2. Gau Bapf, Kreuze, geb. in Weinstadt (C. O.) 1880; waren schon Mitglieder. — Hans Demmerich in München, Hofstraße 24. Im Gau Schleswig-Holstein der Seher Johannes Hansen, geb. in Tjehoe 1897, ausgl. in Kiel 1916; war noch nicht Mitglied. — Martin Prüter in Kiel, Schauenburgerstraße 34 p.

Veranlassungskalender

Münster. Bezirksversammlung Sonntag, den 9. Oktober, nachmittags 2 Uhr, im Vereinslokal Mackenbrock in Münster, Mitgliedertage. — Einlage: Vortrag an den Vorständen.

Nowawes-Port-dam und umliegende Dörflchen. Bezirksversammlung Sonntag, den 25. September, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Hilfshaus“. Nowawes, Priesterstraße 31.

Pöschel. Veranlassung Sonnabend, den 24. September, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Stöckhauer.

Pöschel. Veranlassung Sonnabend, den 24. September, abends punktlich 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Schillerpark“.